

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verantwortlicher: Hermann  
Baus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark ohne  
Postgebühren. Einzelnummer 15 Pfennig.

**Lebeck** KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marie-Anne 38/42.  
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1066 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. Oktober 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung (inkl. Post) 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postgebühren. Einzelnummer 15 Pfennig. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Spaltenbreite berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Kleingebühren ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Auswärtige Nachträge gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Julius Feurich**  
Flügel Pianohandlung Planos  
Verkaufsort: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock)

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10  
Moderne, behagliche Räume  
Zeitungen und Zeitschriften  
Spezialitäten in Eis und Gebäck

**Eiserne Öfen aller Systeme**  
Vor Einkauf eines Ofens empfehle ich die Besichtigung meiner reichhaltigen Ausstellung in  
**Dauerbrandöfen bewährter Fabrikate.**  
**Florian Czockerts Nachf.** Ferdinand Wiesner  
Dresden-A., Töpferstr. 9 15. Tel. 25401.

## Wolken über dem Himmel von Thoiry.

### Französische Manöver zur Erpressung weiterer deutscher Zugeständnisse.

Demagogischer Wettlauf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. — Das polnische Justizverbrechen in Kattowitz.

#### Eine offizielle französische Auslastung.

Paris, 15. Okt. Aus einer offiziellen Darstellung des „Journal“ geht hervor, daß die geplante Sondierung der amerikanischen Regierung durch den französischen und den belgischen Vertreter in Washington bezüglich der Placierung der deutschen Eisenbahnobligationen schon jetzt für überflüssig betrachtet wird.

Die Abneigung Amerikas gegen die ganze Operation in diesem Augenblick oder die geringe Bedeutung der von Amerika in Aussicht gestellten Summe von 50 Millionen Dollar, die im besten Falle jetzt von den Eisenbahnobligationen aufgenommen werden, haben in Paris zu der Erkenntnis geführt, die heute das „Echo de Paris“ ausdrücklich bekämpft, daß der ursprüngliche Plan von Thoiry, der auf dieser Finanzoperation aufbaut, war, als gescheitert zu betrachten sei. So erklärt sich das Zurückweichen über die ganze deutsch-französische Annäherung. Die Arbeiten der Sachverständigen, die in Thoiry in Aussicht genommen wurden, werden, so kann man jetzt als sicher annehmen, auf diesem Wege niemals zum Ziele führen. Die Festigkeit der amerikanischen Haltung in der Schuldfrage wird offenbar auf offizielle Auslastung dazu benutzt, um erneut den Wert der deutschen Eisenbahnobligationen zu diskreditieren. Der rechtsstehende „Gaulois“ betont, daß Frankreich aus dem Frieden niemals eine Geldfrage machen werde und auf die Garantie der Rheinlandsbesetzung nicht verzichten könne. Aber auch die linksstehende Presse weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine Fortsetzung der Politik von Thoiry nicht erwünscht wäre.

„Echo de Paris“ gibt dazu folgenden Kommentar: Man muß nach diesem Mißerfolg glauben, daß der Urheber der Politik von Thoiry, Stresemann, als er diesen Vorschlag machte, selbst getäuscht wurde. Er mußte sich doch sagen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sich gegen ein Abkommen, bei dem die Vorteile allein auf Seiten Deutschlands gewesen sein würden, aufbauen würde; denn der Schein, den er uns vorgemacht hat, daß wir dabei einen Vorteil finden würden, hat sich in nichts aufgelöst. Wenn Briand jetzt seine Politik fortsetzen will, so muß er den eigentlichen Zeitgedanken derselben offen aussprechen. Das ist zweifellos der: Wenn wir in neuen Jahren laut Vertrag das Rheinland räumen müssen, so ist es besser, daß wir diese Räumung schon jetzt ohne nennenswerte Gegenleistung suchen und dafür die Vorteile einer Verständigung mit Deutschland eintauschen, da wir uns sonst ohne Sicherheitsgarantie im Jahre 1935 einem unverdächtigen Deutschland gegenübersehen. Wenn es uns genügen würde, um sicher den Frieden zu haben, Deutschland von unseren eigentlichen Absichten zu überzeugen, dann ließe sich die Politik Briands begreifen. Ist das wirklich der Fall? Mag nun die Antwort auf diese Frage, die das „Echo de Paris“ ungefähr im Sinne Poincaré erhebt, lauten wie sie will; soviel ist schon jetzt sicher, daß durch den offensündigen Mißerfolg der in Thoiry deutschseits vorgeschlagenen Operation mit den Eisenbahnobligationen das Ansehen Stresemanns in der ganzen öffentlichen Meinung Frankreichs einen schweren Schlag erlitten hat.

Diese offiziellen Pariser Auslastungen bestätigen die Abneigung der Gläubiger von Poincaré, in einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit Deutschland die Finanzwirtschaft in Frankreich zu lösen. Es scheint, daß sie lieber das ganze Geschäft mit Amerika allein machen möchte, nachdem die amerikanische Zustimmung zu der Operation mit den Eisenbahnobligationen doch erkaufte werden muß. Schwierigkeiten bestehen allerdings nach wie vor durch die Haltung weiterer Kreise des französischen Volkes, das die Unterwerfung unter die Washingtoner Finanzen unter allen Umständen vermeiden sehen möchte. Man wird nun auf deutscher Seite zu prüfen haben, ob diese scharfe Ablehnung der Thoiry-Politik französischseits wirklich auf die objektive Erkenntnis der Undurchführbarkeit der finanziellen Auslastungen beruht, oder ob es sich vielleicht um ein taktisches Manöver handelt, mit dem Ziel, von Deutschland außer den bisherigen finanziellen noch weitere politische Zugeständnisse zu erpressen. Verschiedene in den letzten Tagen ausgegangene Pariser Versuchsballeen deuten darauf hin, daß man dort in Erweiterung des Programms von Thoiry noch man dort in Erweiterung des Programms über Anerkennung des deutschen freiwilligen Aufschubens neuer Entlastungsmaßnahmen, moralische Abrüstung durch Auflösung der Wehrverbände u. a. m. erreichen möchte. Die bisher allein als deutsche Gegenleistung in Aussicht genommene Finanzhilfe wird zu diesem Zweck offenbar planmäßig als äquivalent

unbedeutend hingestellt. Auf der anderen Seite wird gleichzeitig versucht, die französischen Angebote an Deutschland im Rheinland und im Saargebiet nach und nach zu verkleinern. Es ist nun an der Zeit, daß auch von deutscher Seite aus festgehalten wird, daß derartige den deutschen Interessen abträgliche Anregungen gar nicht in Erwägung gezogen werden können.

#### Entweder Thoiry oder keine Annäherung.

Die „Germania“ gegen die französischen Ausgleichsvorschläge. Berlin, 14. Okt. Die „Germania“ beschäftigt sich mit den kürzlich von dem französischen Völkerbundsdelegierten Senator de Jouvenel und dem Mitarbeiter des „Matin“ Sauerwein gemachten Vorschlägen, die in Thoiry eingeleitete Verhandlung auf eine andere Basis zu stellen und als Gegenleistung für die Räumung der Saar und des Rheins deutsche Zugeständnisse im Osten und Südosten Europas zu fordern, so den Verzicht auf den Anschließ Österreichs, sowie Bindung an die gegenwärtigen Grenzen Polens und der Tschecho-Slowakei. Auf militärischem Gebiete solle Deutschland der Einsetzung ständiger Kontrollkommissionen des Völkerbundes, die aus alliierten und neutralen Offizieren aufzufangestellt seien, in den rheinischen Brückenköpfen zustimmen.

Das Blatt nennt das, was hier vorgeschlagen wird, eine Neuaufgabe des Genfer Protokolls, und erklärt, die Sicherheitsfrage zwischen Deutschland und Frankreich sei durch den Vertrag von Locarno erschöpft und endgültig geregelt. Außerdem sei Deutschland im Völkerbunde, habe alle Verpflichtungen eines Völkerbundsmitgliedes übernommen und sei endlich gewillt, sie zu halten. Was die Militärkontrollen betreffe, so sei Deutschland bereit, die Kontrolle zu dulden, die im Artikel 18 des Vertrages von Versailles vorgelassen sei. Aber an Deutschlands Zustimmung zur Einsetzung ständiger Kontrollkommissionen, am Ende gar noch aus alliierten Offizieren, auf deutschem Gebiete sei nie und nimmer zu denken.

Su den in Thoiry angebotenen Leistungen, schreibt das Blatt weiter, glauben wir uns überhaupt nur imhände, weil wir die Zukunft vorwegnehmen, weil wir aus der Befreiung von Saar und Rhein einen heftigen Auftrieb erhoffen, der sich auch auf unsere wirtschaftlichen Kräfte übertragen wird. Praktische Politik ist mit den Ideen von Jouvenel, Sauerwein und Poincaré nicht zu machen. Deutschland und Frankreich haben nur die Alternative, entweder den Plan von Thoiry weiterzugeben und auf eine Entente hinzustreben, oder aber die Verhandlungen abbrechen.

#### Frankreich sucht Verständigung mit Italien.

Paris, 16. Okt. Die Rückkehr des französischen Völkerbundsdelegierten nach Rom bezeugt der Heiß auf „Informations“ „Petit Parisien“, um einige Freundschaftserklärungen für Italien zu machen. Es gebe zwischen beiden Ländern zu viel Interessen, als daß beide Länder nicht zu einer Entente kommen könnten. Die persönlichen Sympathien Mussolinis und seiner Umgebungen neigten Frankreich zu. Eine Einigung zwischen Italien und Frankreich könne daher seine besondere Schwierigkeiten machen. Es bedürfte hierzu nur eines Meinungs austausches zwischen Mussolini und Briand, über dessen Zeitpunkt Verhandlungen demnächst aufgenommen werden. — Offenbar lanciert der „Petit Parisien“ mit dieser Kennerung einen offiziellen Versuchsballon. Man wird jedoch abwarten müssen, wie die italienische Antwort lautet wird.

#### Keine Einladung des Völkerbundsrats nach Berlin.

Berlin, 15. Oktober. In einem Teil der deutschen und ausländischen Presse ist davon die Rede, daß die für den nächsten März vorgesehene Sitzung des Völkerbundsrats in Berlin stattfinden würde. Ein Berliner Blatt berichtet heute sogar schon, daß die Verhandlungen im Kongressaal des Reichstagspalais, dem historischen Tagungsort des Berliner Kongresses von 1870, stattfinden würden. Wie wir aber von Berliner amtlicher Stelle erfahren, hat man auf deutscher Seite nicht die Absicht, in dieser Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, d. h. eine Einladung an den Völkerbundsrat zu richten, in Berlin zu tagen. Man ist vielmehr der Meinung, daß es für Deutschland, das eben erst in den Völkerbund eingetreten ist, auf keinen Fall angängig sei, eine solche Einladung, von der u. a. auch schon in Berliner Blättern als einer ziemlich feststehenden Tatsache gesprochen wurde, abzugeben. Dagegen würde die Reichsregierung, wenn von Seiten des Völkerbundsrates auf vorgeschlagen werden sollte, die Ratssitzung in Berlin abzuhalten, natürlich den Völkerbundsrat als Gast in Berlin aufnehmen.

#### Die bürgerliche Mehrheit.

##### Eine Lebensnotwendigkeit für Sachsen.

Die Tage gehen zur Rüste und die Entscheidung rückt näher. Nur noch zwei Wochen trennen uns von dem bedeutungsvollen Sonntage, an dem die bürgerlichen Wähler Sachsens durch ihre Stimmabgabe beweisen sollen, ob sie sich der Größe der Stunde bewußt und gewillt sind, unbeteiligt durch parteipolitische Engergelassen die Forderung zu erfüllen, die das öffentliche Wohl an sie stellt. Das öffentliche Wohl! Es kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug jedem bürgerlichen Stimmberechtigten eingeschämert werden, daß dieser der springende Punkt der jetzigen Wahlbewegung ist. Die Verhältnisse liegen heute nicht mehr so, wie vor dem Kriege, als es sich im wesentlichen nur um eine größere oder geringere Verschiebung der parteipolitischen Gruppierung zwischen Konservativen und Nationalliberalen im Landtage handelte. Heute kommt der Bestand der gesamten staatlichen Ordnung in Frage, wenn das Bürgerturn nicht seine Pflicht bis zum äußersten tut und dafür sorgt, daß dem Radikalismus ein genügend harter Damm entgegengeführt wird, der die Ordnung unter allen Umständen zu gewährleisten vermag. Jeder bürgerliche Wähler muß sich den ganzen Umfang seiner staatsbürgerlichen Pflicht bei der Wahl eindringlich vor Augen halten, indem er daran denkt, was aus unserem eben erst beruhigten Sachsen abermals werden würde, wenn Linksozialisten und Kommunisten in solcher Stärke aus der Urne hervorgingen, daß sie sich als Herren der Lage fühlen und wieder eine rein sozialistische Regierung errichten könnten. Der amtliche Tätigkeitsbericht des verstorbenen Landtages ist gerade recht gekommen, um all das Schreckliche, das wir unter der Herrschaft Zeigners erlebt haben, in der Erinnerung aufzufrischen und jedem einzelnen klarzumachen, um was es in letzter Linie bei dieser Wahl geht. Man sehe sich die radikale Kandidatenliste an. Hinter den Russen, nur teilweise an die Öffentlichkeit durchsickert, haben heftige persönliche Auseinandersetzungen stattgefunden, die damit endeten, daß eine hochnotpeinliche Erklärung gehalten und jeder unachtsamlich ausgemergelt wurde, der jemals anders als im größten Schimpfjargon über die Dreiländerschwanz geschrien oder gesprochen oder sich sonstwie nicht als unbedingt gefinnungsrichtiger Radikalismus gebärdet hatte. So erscheinen denn nur die Allradikalisten auf der linkssozialistischen Liste, lauter Elemente, die sich von den Kommunisten nach Bestimmung und Austragen wenig oder gar nicht unterscheiden, so daß das praktische Ergebnis eines Wahlfieges dieser Weise nicht zweifelhaft sein kann. Das Organ der Allsozialisten hat es selbst klar und klar bezeichnet: es würde unvermeidlich mit einer Wiederholung des Experiments Zeigner zu rechnen sein. Das zu verhindern, dieser schweren Gefahr einen festen Niegel vorzuschieben, ist bei der bevorstehenden Neuwahl des Landtages die allgemeine bürgerliche Pflicht, die sich gleichmäßig auf alle Parteien ohne Unterschied erstreckt. Die Erfüllung dieser Pflicht kann aber nur dadurch geschehen, daß die bürgerlichen Wähler, mögen sie nun

**An unsere Postabonnenten!**

**War der Briefträger schon bei Ihnen?**

um die Bezugsgebühr für den Monat November zu kassieren

Wenn nicht, so zahlen Sie den Betrag noch heute bei Ihrem Postamt ein, damit keine Unterbrechung in der Zeitungszustellung eintritt.

**Verlag der Dresdner Nachrichten.**